

Lenzburg stoppte Staufner Eingemeindung : schon vor 62 Jahren scheiterten Verhandlungen

Autor(en): **Halder, Heiner**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Lenzburger Neujahrsblätter**

Band (Jahr): **81 (2010)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-917993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lenzburg stoppte Staufner Eingemeindung Schon vor 62 Jahren scheiterten Verhandlungen

Der frühe Verzicht von Niederlenz auf vertiefte Verhandlungen ist nicht der erste gescheiterte Versuch zur Fusion von Lenzburg mit einer Nachbargemeinde. Schon anno 1947 stand die Eingemeindung von Staufen zur Diskussion. Allerdings war es damals die Stadt, welche die Annäherungsversuche der Nachbargemeinde stoppte.

Am 26. Juni 1946 lag ein Schreiben des Staufner Gemeinderates auf dem Tisch des Lenzburger Stadtrates, des Inhalts, dass ein von 35 Initianten eingereichtes Begehren «die hierseitige Behörde beauftragt, mit dem Gemeinderat Lenzburg in freundschaftliche Fühlungnahme zu treten wegen Verschmelzung der Einwohnergemeinde Staufen mit der Gemeinde Lenzburg.» Die Gemeindeversammlung hatte den Antrag mit 154 gegen 100 Stimmen gutgeheissen, es wurde darum gebeten, «zu diesem Problem Stellung zu nehmen». Die wirtschaftliche Verbundenheit der beiden Gemeinden, die Bauordnungsfrage, der Unterschied der Klassierung und der Steuerbelastung in den Ortschaften und schliesslich die

«Sondierungen in Lenzburg» durch die Initianten, welche die Ansicht gewannen, «dass man dort einem Verschmelzungs-Projekt heute wahrscheinlich sympathisch gegenüber steht, was vor ca. 15 Jahren nicht der Fall war», dienten als Begründung für den Vorstoss. Zumindest im letzten Punkt täuschten sich – leider – die Staufner Fusions-Freunde.

Interne Klärung der komplizierten Frage

Um in dieser «komplizierten Frage» Klärung zu schaffen, beauftragte der Lenzburger Stadtrat am 26. Februar 1947 Stadtbauamt, Steueramt, Gemeindeverwaltung, Städtische Werke, Feuerwehrkommission und Schulpflege zur Berichterstattung. Das Ergebnis wurde von Stadtschreiber Dr. Markus Roth zusammengefasst. Die «Gemeindekasse» kam zum Schluss: «Die Nachteile überwiegen die Vorteile» und wirft die Frage auf, ob «der bisherige ruhige Verlauf der Gemeindeversammlungen bei einem Anschluss gewährleistet» bliebe. Zudem: «Von einer eigentlichen finanziellen Notlage der Gemeinde Staufen, woraus ein Anspruch auf einen Anschluss abgeleitet werden kann, kann nicht gesprochen werden». Das Steueramt berechnet eine Erhöhung

des Ansatzes um drei Prozent und erwägt: «Wer die Verschmelzungsfrage vom rein kleinbürgerlichen oder finanziellen Gesichtspunkt aus beurteilt, der muss zu einer Ablehnung der Verschmelzung gelangen». Andererseits: «Nur Planung auf weite Sicht, nicht für die Gegenwart wird geschichtliche Bedeutung erlangen». Das Steueramt bejaht deshalb die Eingemeindung, auch wenn ungefähr drei Prozent Mehrsteuern erhoben werden müssten. Die Städtischen Werke empfehlen diese, weil sie finanzielle Vorteile erwarten. Die Feuerwehr sieht «weder Vor- noch Nachteile für Lenzburg».

Das Stadtbauamt hingegen bleibt skeptisch, obwohl die Zusammengehörigkeit der Gemeinden – inklusive Niederlenz – auf der Karte augenfällig ist: «Wie ein Keil

schiebt sich Staufen bis fast ins Herz von Lenzburg vor». Rudolf Bertschinger meinte, der Charakter von Staufen als «Haufendorf» sollte erhalten bleiben. Um neues Bau- und Industrieland zu erhalten, wäre eine Eingemeindung zu begrüßen, doch bestünden in Lenzburg noch genug Reserven. In seiner ausführlichen Analyse kommt Bertschinger auch auf «unseren neuen Gemeindesaal» zu sprechen, wo sich erneuter Raummangel geltend mache. Lenzburg und Staufen zählten zusammen 1545 Stimmpflichtige, in 50 Jahren wären es 2418 Personen, und wenn 65 Prozent davon die Gemeindeversammlung besuchen, sollte der Saal 1570 Stühle haben. Ob Architekt Richard Hächler in seinem Projekt von 1946 so viel Kapazität unterbringen kann, müsste noch untersucht werden; die Mehr-

Staufen wollte «halbstädtisch» taxiert werden

Das an der Staufner Gemeindeversammlung vom 14. Juni 1946 eingereichte «höfliche Begehren» beauftragte den Gemeinderat, mit Lenzburg «in freundnachbarliche Fühlungnahme zu treten wegen Verschmelzung der Einwohner-Gemeinde Staufen mit der Gemeinde Lenzburg.» Begründet wurde der Antrag damit, dass «die wirtschaftliche Verbundenheit der beiden Gemeinden heute schon ausserordentlich gross und weit gediehen» sei. «Die baulichen Grenzen der Gemeinden greifen bereits derart ineinander, dass diesseits und jenseits der Grenzlinie in deren nächster Nähe Häuser stehen», was punkto Infrastruktur Doppelspurigkeiten verursacht. Im Gegensatz zu Staufen hatte Lenzburg Bauordnung und Überbauungsplan. Die Initianten sahen Vorteile, um «wildes Bauen» zu vermei-

den. Und verwiesen darauf, dass «ohne jeden Zweifel die Verschmelzung früher oder später aus wirtschaftlichen Gründen kommt.»

Berechnend, wie die Staufner schon damals waren, wurde als wichtiges Argument auf eine «Resolution betreffend Einreihung der Gemeinde Staufen von ländlichen in halbstädtische Verhältnisse» verwiesen. Mit dem Zusammenschluss würde Staufen «von Amtes wegen als halbstädtisch taxiert». Das brächte «höhere Renten oder Vergütungen». Der Staufner Steuerfuss betrug 160, derjenige von Lenzburg 120 Prozent. Diese Verhältnisse «scheinen uns nicht dazu angetan, nach Staufen steuerkräftigen Zuzug zu erhalten; es ist eher mit einer Abwanderung nach Lenzburg zu rechnen», hielten die Initianten fest. Und waren überzeugt: «Die Einwohner von Staufen werden von einem Zusammenschluss mit Lenzburg nicht benachteiligt; sie werden eher gewinnen».

kosten schätzt der Bauverwalter auf rund 150 000 Franken. «Eine gewisse Zurückhaltung» rät er schliesslich «in Anbetracht der gewaltigen noch zu leistenden Bauaufgaben in Staufen» – und notabene auch in Lenzburg. Bertschinger kommt auf Investitionen von 1,610 Million Franken und jährliche Kosten von 134 000 Franken.

«Machbarkeitsstudie» auf sechs Seiten

Das Resultat der Vernehmlassung in den Verwaltungsabteilungen wurde von Stadtschreiber Dr. Markus Roth im Juni 1947 auf sechs Seiten zusammengefasst – heute nennt man das ein Mehrfaches umfassende Aktenmaterial «Machbarkeitsstudie». Einleitend wird festgehalten, dass «ein Blick auf die Karte zeigt, dass rein äusserlich Staufen zu Lenzburg geschlagen werden sollte» und auch die bauliche Entwicklung eine zunehmende Verflechtung aufweist. Staufen zählte 1420, Lenzburg 4600 Einwohner; der Steuerfuss betrug in Staufen

160, in Lenzburg 120 Prozent; die Pro-Kopf-Verschuldung in Staufen 40, in Lenzburg 130 Franken. Die finanzielle Lage Staufens lasse sich mit derjenigen von Lenzburg sehr gut vergleichen. In Staufen müssten Strassen und Infrastrukturen saniert, Schulhaus und Kindergarten renoviert und erstellt sowie die Zentralverwaltung und das Gemeindehaus in Lenzburg ausgebaut werden. Das Bauamt müsste aufgestockt werden, das gemeinsame Verwaltungspersonal hingegen würde genügen. Der Stadtschreiber weist im Speziellen auf das Bestattungswesen hin; da würde sich «die komplizierte Frage aufwerfen, ob zwei Friedhöfe unterhalten werden sollen und ob die Wahl der Beerdigungsstätte frei gestellt werden soll. Auch der <Schlachthauszwang für Lenzburger Metzger> wäre zu überprüfen, die erweiterte Kehrriechtabfuhr, die Staufen nicht kennt», und «trotz Kürzung des Bürgernutzens müssten noch 10 Prozent Gemeindesteuern zum Ausgleich der



Der ländliche Teil von Staufen ist dank wenigen verbleibenden Bauern erhalten geblieben. Foto HH.

Armenkasse erhoben werden, was indirekt eine weitere Belastung der Forstkasse um 5000 Franken» bedeute. Den 80 000 Franken Einnahmen in Staufen stehen Ausgaben von 125 000 Franken entgegen, inklusive Verzinsung und Amortisation der zu investierenden Kapitalien errechnet Roth ein Summe von 120 000 Franken.

«Freitod einer Gemeinde»

In den Schlussfolgerungen holt der Lenzburger Stadtschreiber weit aus. «Prinzipiell darf wohl festgestellt werden, dass die Wünschbarkeit der Eingemeindung Staufens nicht vorwiegend nach finanziellen Gesichtspunkten beurteilt werden kann.» Obwohl finanziell natürlich schwächer als die Stadt, sei Staufens Finanzlage «absolut gesund». Und «gewisse Mehrleistungen der Steuerzahler von Lenzburg zugunsten Staufens könnten bestimmt ins Auge gefasst werden», um so mehr als sie «verschwindend klein» wären. Und weiter hält

Markus Roth fest, dass «sicher nicht kleinlich geurteilt» und nicht «nur die gegenwärtige Lage geprüft werden» dürfe. Denn «wenn eine organische Weiterentwicklung Lenzburgs auf weite Sicht sichergestellt werden soll, so muss fast mit einer Eingemeindung von Staufen und Niederlenz gerechnet werden». Für die Ausdehnung Lenzburgs wäre die Eingemeindung Staufens «der erste Schritt».

Hingegen gibt der Stadtschreiber «die Kernfrage» zu bedenken: «Die Eingemeindung hat die Auflösung einer Gemeinde zur Folge. Es ist der Freitod einer Gemeinde. Ein solches Sterben ist nur zu verantworten, wenn die Gemeinde schon früher gefühlsmässig sich aufgegeben hat und auch gesinnungsmässig sich schon mit einer anschließenden Gemeinde sich so verschmolzen und verbunden hat, dass ihr das Gefühl der Selbständigkeit verloren gegangen ist. Sie muss kein eigenes Leben mehr haben, es



Die neueren Quartiere wirken dank reger Bautätigkeit städtisch. Foto: HH.

muss von der Nachbargemeinde aufgesogen worden sein.» Die rein materiellen Interessen dürften nicht den Ausschlag geben. «Die Gemeinde muss keine eigenen Vereine mehr haben, auf welche sie stolz ist. Sie muss das ganze kulturelle Leben bei der Nachbargemeinde suchen. Die Einwohner dürfen sich nicht mehr (als Beispiel) Staufener fühlen, sondern sie müssen sich als Lenzburger in einem Vorort fühlen. Wenn dies nicht zutrifft, so ist eine Eingemeindung nicht zu verantworten.»

Vorausschauendes Verständnis für Minderheitenprobleme

Der Zusammenschluss werfe sofort ein Minderheitenproblem auf: «Wie soll bei einer Vergrösserung des Gemeinderates von Lenzburg von 5 auf 7 Mitglieder die Wahl von 2 Staufnern gewährleistet werden? Und wie würden sich die Staufner beklagen, wenn sie keinen Gemeinderat hätten? Sie wären auch sonst – nach ihrer Ansicht – immer die Benachteiligten, für die nichts gemacht wird und die nicht berücksichtigt werden (sie würden überstimmt). Alles käme – immer nach ihrer Ansicht – den Städtern zugute.» Weil Lenzburg und Staufnen sich «heute noch nicht als Eines» fühle, zeigt Stadtschreiber Roth vorausschauendes Verständnis: «Wir wollen nicht in der gleichen Schützengesellschaft schiessen, in der gleichen Musik blasen, im gleichen Verein turnen oder singen. Wir wollen nicht ein gemeinsames Jugendfest. Die Staufner wären immer Outsider, die sich nicht zu Hause fühlen. Die gefühlsmässige Grundlage, die Aufgabe des dorfmässigen Eigenlebens, das Aufgehen in der grossen, dominierenden Ortschaft ist noch nicht vorhanden.»

Verschmelzung durch Infiltration

Seine gewichtigen Überlegungen «scheinen zwingend darzutun, dass eine Eingemeindung nicht in Frage kommen kann», zieht

der Anwalt des Dorfes in der Stadt das negative Fazit: «Man kann nicht einen tatsächlich noch nicht vorhandenen Zustand rechtlich begründen; sondern, wenn die Tatsachen einmal vorhanden sind, soll die rechtliche Sanktion durch die Eingemeindung erfolgen». Weil sich aber gleichzeitig erweise, dass eine Verschmelzung der beiden Gemeinden wünschbar wäre, sei eine «enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bauwesens mit allen Mitteln zu erstreben», was auch bei der Energieversorgung und beim Schulwesen nützlich wäre. Und «bei diesem Vorgehen sind auch finanzielle Opfer nicht zu scheuen». Durch diese Zusammenarbeit auf einzelnen Teilgebieten werde eine Verschmelzung vorbereitet. Und Stadtschreiber Markus Roth schliesst mit dem bemerkenswerten Satz: «Die Infiltration Lenzburgs in Staufen kann damit beginnen und die Voraussetzungen einer späteren Selbstaufgabe werden geschaffen».

Verschollen

Ob und wie Lenzburg seiner Nachbargemeinde das «Njet» kommunizierte und wie die Ablehnung der «Verschmelzung» in Staufen aufgenommen worden ist, wissen wir leider nicht. Zwar ist das Aktenmaterial im Lenzburger Stadtarchiv bis und mit der «Machbarkeitsstudie» von Stadtschreiber Markus Roth vorhanden, doch waren weitere Dokumente nicht aufzufinden. Im Staufner Gemeindearchiv fehlen sogar sämtliche Unterlagen betreffend die freundnachbarlichen Verhandlungen, lediglich Verweise auf das Dossier sind gegenwärtig greifbar. Ältere Leute mögen sich zwar noch an die Diskussion erinnern, doch nicht an das weitere Vorgehen. Ein etwas seltsamer Zufall; honni soit, qui mal y pense!